

Sächsische Volkszeitung

Montag 31. Mai 1920

Fernsprecher 21 300
Postcheckkonto Leipzig Nr. 14 797

Verlagspreis: Biwöchentlich in der Geschäftsstelle oder vor der Post abgeholt Aufgabe A mit Wurz. Beilage 10.20 M.
Aufgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland kostet Aufgabe A 10.65 M. Aufgabe B 9.90 M. —
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Geschäftsstelle der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen von 11 Uhr vorm. — Preis für die
Geschäftsanzeigen 1.40 M., im Reklameteil 3.50 M., Familien-Anzeigen 1.30 M. — Für unbedeutlich gehandelte, welche durch
Personen ausgetragene Anzeigen können wir die Bezeichnung „Richter“ in die Richtigkeit des Tages nicht übernehmen.

Im Kürz aus Papiermaché

Sei geschehen, Stadt des Hölz. Plauen im Vogtland! Du wirst fortleben in der Geschichte hoffentlich. Und Kinder und Kindesländer werden es sich noch erzählen, wie das Auto des großen Abenteurers durch die Straßen raste, wie die Bürger der Stadt und die Mächtigen mit schlotternden Nüken dem Herrn Hölz ihre Opfer darbrachten, wie keine Regierung in Sachsen und kein Deutnant mit zehn Mann sich fand, diesem Hölz Paroli zu bieten. Wie sie ihm die Hunderttausende vor die Füße legten und seiner da war, der sich ihm entgegenstellte, der dem Feigling Hölz die Brust geboten und Stadt und Land von ihm freit hätte. Hölz hat es vermocht, mit wenigen Abenteuern und einigen treibenden Weibern eine ganze Stadt im Banne zu halten, die über tausend unterwarf sich ihm und erklärten sich als unterlegen. Erst nach dem größten Unheil erschien von außenwärts eine gewaltige Truppenmasse, so wie im Märchen in Schiddburg die Feuerwehr nach dem Brande. Und siehe da, es floh schon vor der Feuerwehr, und er wäre gestorben, wenn nur einige Bürger der Stadt den Mut gefunden hätten, ihm auf den Helm zu rücken. So wird Plauen fortleben als die dem Abenteuer Hölz unterlegene Stadt.

Aber das darf nicht sein. Und es wäre vielleicht eine einzigeilige Schillerung, wenn die Geschichte nur in diesem Sinne berichten würde. Denn Plauen ist eine starke Stadt, eine gewaltige, die von ihrer Macht Gebrauch zu machen versteht — nadjdem Herr Hölz verschwunden ist. Da legen sie den Kurs an, die Gewaltigen des jüdischen Schulamtes, umgeben von den Gegnern der konfessionellen Schule, befiegen das Ruh und Ruhen zur Attacke. Zu welcher? In, Durchbores ist geschehen in der Stadt des Hölz. Da gibt es Radikale, Rebellen, die am Freiheit denken, nicht am vermöhnlichen, sondern an wirklicher. Da gibt es Katholiken — durchbare Menschen —, die wagen es, im Jahrhunderte des Antlitz der Aufruhr Ausdruck zu geben, daß sie ihre Kinder katholisch erziehen lassen wollen. Auf in den Kampf! Hölz ist verschwunden, die Tschechu-Slavakai hat ihn aufgenommen, aber eine neue Gefahr droht der Plauener Stadt, eine weit schlimmere, die „ultramontane“. Wer weiß, was hinter dieser Forderung auf Erhaltung der konfessionellen Schule alles steckt? Vieles leicht — das Gruseln überkommt einem — will man Plauen gar in „die Errichtung eines katholischen Königtums“ innitieren Deutschlands! Einbeziehung? Das soll nämlich nach Ansicht des alten Herrn „Sächsischen Kirchenblattes“ (Nr. 22 vom 28. Mai 1920) das Ziel des „Kugel Bacelli“ als Vorschafter in Berlin sein. Was weiß man denn? Den bösen „Ultramontanen“ ist nun einmal nicht zu trauen, denn nach Ansicht desselben Blätters ist auch „das evangelische Kaiserium durch die ultramontan-faschistisch-demokratische Revolution“ gefügt worden — also der Weg zum katholischen Königstum eines heiligen römischen Reiches deutscher Nation sei!. Daher Plauen, wappne dich doch kommt dir dein durch Hölz stark zugesetztes Wappen wieder aufzufischen. Und sie treten zusammen und es erhebt sich einer und stellt den Antrag, daß mit Gewalt gegen den Schulleiter der ersten katholischen Bürgerschule vorgegangen werden soll, daß ein Disziplinarverfahren gegen die Schulleitung geboten sei. Hell glänzt der Kurs, aber da ist ein anderer in der Sichtung, der wagt einen Spur danach, und siehe, da zeigt sich wieder einmal, daß der Schein trügt: der Kurs ist nicht aus Stahl, er bekommt einen Riß, denn er ist aus Papiermaché. Unerhört, diese Durchlöcherung. Ein Rechtsanwalt ist es, der es sagt, sie vorgeschrieben. Er hat keine besondere Liebe zu irgend einem Ultramontanen. Aber... Die Augen weiten sich, die Gesichter werden bleich, denn der Rechtsanwalt bestimmt Bereitwilligkeit dem katholischen Schulvorstand gegenüber. Mit Gewalt sei danach zu erreichen. Wenn Gewalt angewendet würde, könne der Schulvorstand erst recht Unspruch erheben. Das Gesetz von 1835 könne heute gar nicht mehr mit Erfolg angewendet werden. Schäß ministerielle Entschließungen könnten trotz sein. Ministerien seien Verwaltungsbürokraten, wie jede andere Behörde auch. Vorsätzliche Vorste. Nummer mehr kommt das Papiermaché im Kürz hervor, aber es hilft nichts. Der städtische Schulausschuß lehnt die Forderungen, die berichtigten Forderungen des katholischen Schulvorstandes — abgedruckt in Nr. 119 der „Sächsischen Volkszeitung“ vom Freitag den 28. Mai — einstimmig ab. Also mit dem Rechtsanwalt? Es geht nichts über Konsequenz! Er, der städtische Schulausschuß nämlich, weiß nichts von der Reichsverfassung, weiß nichts davon, daß an dem Bestand der katholischen Schulen nicht geübt werden darf.

Man muß es ihm zu wissen geben. Nicht nur der katholische Schulvorstand, auch die katholischen Eltern müssen fest bleiben. Nicht diejenigen, welche im Kürz die Attacke treiben, sind die Tapferen, sondern die Katholiken, welche an dem hohen Gut der konfessionellen Schule festhalten. Auch sie werden eins

in der Geschichte fortleben, und es wird ein Ruhmesblatt in der Geschichte für sie werden, wenn sie sich in der Schulfrage nicht vergewaltigen lassen. Umgekehrt auch mit der Reichsverfassung, katholische Eltern Plauens! Nehmt den Stimmzettel zur Hand und gebt die Antwort am 6. Juni! Gute Stimmen fällt in die Waagschale. Auch bei uns in Sachsen, sie kann ausschlaggebend werden für die Stärke der Zentrumspartei, der einzigen, die sich für die konfessionelle Schule eingesetzt hat. Und damit kann jede Stimme ausschlaggebend werden für die Zusammensetzung des Reichstagsabteils. Das neue Reichsschulgesetz wird und muß die endgültige Klärung bringen. Der Unterstaatssekretär Schulz hat dieser Tage erklärt, daß es eines der ersten Geschehe sein wird, die dem neuen Reichstag vorgelegt werden.

Von der Stärke der Zentrumspartei hängt die endgültige Gestaltung dieses Gesetzes ab. Hölz will heute wünschen sich die im Kürz aus Papiermaché noch stark. Heute noch auf stolzen Flossen — morgen . . .

Der Kampf um die allgemeine Volksschule.
Sein glänzendster von tiefer Wissenschaftlichkeit, hellster Klarheit und strengster Högerichtigkeit erfüllter Vortrag kann hier des Raummanagements wegen nur im Auszuge veröffentlicht werden. Doch wird der Verband Mittel und Wege finden, den Vortrag unverkürzt weiteren Kreisen zugänglich zu machen.

Im Lichte der Entwicklung des deutschen Bildungswesens erscheint die Einheitschulbewegung als der Versuch, die übertriebene abiebungsfreie Getrenntheit der einzelnen Schularten in einen einheitlichen, organisch zusammengesetzten Aufbau umzuwandeln. Das Ende der Vergangenheit ist ein exklusives Standes-Schulwesen (religiöse Schule, Bürger- oder Real-Schule, Volksschule), das in seinem Aufzwingen aus der alten standischen Dreigliederung des Staates dessen Angehörige für die Einordnung in die damit gegebene Arbeitsteilung erziehen wollte. So wurde durch die Schule die soziale Schichtung des Volkes, aus der sie erwachsen war, fort und fort erhalten und befestigt. Die erste große Erziehungswelle erhob die übertriebene Auslösung von der Aufgabe der Schule durch die von der französischen Revolution ausgehende Neuentwertung des sozialen Lebens. Die Aufhebung der rechtlichen Standesunterschiede bedeutete eine Demokratisierung der Gesellschaft, in der die alte standliche Schichtung durch ein neues Ideal ersetzt wird: Durch das Ideal einer in allen Mitgliedern wechselseitigen, gleichberechtigten Nation. Dies zulegt in der neuen Rousseauischen Erziehungsforderung einer allgemeinen Menschheitsbildung wachsende Wandelung schluß in Deutschland ruhigere, wesentlich geistige Bahnen ein und milderte schließlich in die Pädagogik zurück. Die idealistische Pädagogik (besonders Kant und Fichte), die klassische Dichtung, die Erziehungsausübung Potsdams berichteten in ihrer Ausflammmarbeiten den Boden vor, aus dem nach dem Aufkommenstrad des preußischen Staates in der Periode der sogenannten preußischen Reformzeit unter der Führung Wilhelms von Humboldt und der Mitwirkung von Süßendorff und Schleiermacher der große Plan einer einheitlichen Nationalerziehung erwuchs. Die bildungs-politischen Bemühungen dieser gebanktenreichsten Epoche deutscher Schulgeschichte bedeuten nicht mehr und nicht weniger, als den ersten Versuch das Schulwesen im Sinne der nationalen Einheitlichkeit zu lösen durch Schaffung eines einheitlichen geschlossenen Organismus des gesamten Bildungswesens, das, auf der breiten Basis der allgemeinen Volksschule ruhend, jedem Einzelnen den Zugang zu den seiner Sonderart entsprechenden Lehrschulmöglichkeiten eröffnen sollte. Es war die Dringlichkeit aus dem Geiste der allgemeinen Monarchie geborenen Reformpläne, daß die Kraft dieser großen Ideen an der sehr bald eingetretenen rückläufigen Bewegung der nationalen Entwicklung verlor. Die Stellung der Volksschule, die der pädagogischen Idealismus der Männer um Humboldt zur allgemeinen einheitlichen Grundschule für das gesamte Bildungswesen hatte machen wollen, ist zwar durch die Reaktion der zwanziger Jahre, dann durch die Stürme von 1848 und die zweite Reaktion, zuletzt durch den Kulturkampf immer wieder erschüttert worden. Aber durch alle diese Rücksäge ließ das alte Ideal der einheitlichen, wechselseitigen Nation lebendig, bestützt von dem überlieferten Bürgerstum, und in der Fortsetzung einer einheitlichen Gestaltung der deutsch-nationalen Erziehung, verstärkt durch die deutsche Arbeitsschafft. Und genau hundert Jahre nach dem ersten englischen Reformversuch wieder in einer Zeit nationaler Not, nur viel schwerer noch als einst, steht nun noch einmal das als Problem der deutschen Jugendreziehung vor und auf, gebrechlich und ohne Aussicht seine endliche Lösung fordend. Schon ist die erste vorbereitende Schrift jetzt worden: Die grundlegenden Bestimmungen der neuen Reichsverfassung über das deutsche Schulwesen bringen in § 146 die kanonische Anerkennung dreier bildungspolitischer Forderungen, deren Wurzeln in der klassischen Pädagogik hinaufreichen: 1. des organischen Ausbaues des Schulwesens im Sinne der „Einheitschule“, 2. der allgemeinen Volksschule, 3. des Aufstiegs der Pädagogen.

Aber die Aufnahme dieser bildungspolitischen Forderungen in die neue Schulgesetzgebung hat zunächst nur die Bedeutung, daß die Lösung der Schulfrage im Sinne einer einheitlichen Nationalerziehung in Angriff genommen werden soll. Erst in der schöpferischen Arbeit der wirklichen Ausführung werden die neuen pädagogischen Ideen ihre gestaltende Kraft zu erweitern haben. Dabei werden aber heute die Schwierigkeiten noch größer sein, als es bisher waren, die vor einem Jahrhundert den ersten schulpolitischen Einigungsvorhaben zu Schülern brachten. Daß die beiden armen Mäthe an denen bisher der Verfall nationaler und sozialer Erziehungsrichtung der Volksschule zeigte, ist die Tatsache des Klassenkampfes und das Hindernis der Konfessionspaltung haben ihre tremende Kraft im Laufe des 19. Jahrhunderts nicht vermindert, sondern verstärkt. Es sind nicht nur praktisch-politische Programme, sondern Geisteshalte der Weltanschauung und des Ethos, die die äußerlich zum Staate Verknüpften innerlich von einander trennen. In der Schulerziehung müssen solchen inneren Gegensätzen eine mittlere Linie zu finden, ohne dabei die Erziehungsziele zu verwirren, die für die verschiedenen Gruppen des Volkes wechselseitige Bedeutung haben. Darin liegt das Kernproblem der allgemeinen Volksschule.

Von den beiden durch die nationale Einheitlichkeit zu überwindenden Gegensätzen bereitet der soziale geringere Schwierigkeiten als der konfessionelle. Die Idee der elementaren Gemeinschaftserziehung empfängt ihre Kraft aus der Quelle durch das freiheitliche Aufwärtszug des 18. Jahrhunderts geforderten und im Laufe des 19. wirklich erreichten Gleichheit vor dem Gesetz. Die univokale Begrenzung der Kinder höheren Standes oder bürgerlicher Klassen durch besonders nur in höheren Schulen öffentliche Studienformen, die der allgemeinen sozialen Bildungswissenschaft parallel laufen, entbindet die gegenwarts-pädagogik als die Verleugnung der Idee des Rechts- und Kulturstates, der seine Erziehungsseinrichtungen nach dem Grundsatz des gleichen Rechtes für alle zu gestalten hat und in dem daher jedes Kind Anspruch darauf hat, daß ihm ohne Rücksicht auf Stand, Geschlecht und Mankensbekleidung seiner Eltern die seiner Veranlagung und seiner persönlichen Wesensart entsprechende Ausbildung ermöglicht werde. Wenn der Staat weiterhin von der Gemeinschaftserziehung

„Von Papstes Gnaden“

Es gibt zwei evangelische Kirchenblätter in Sachsen, ein neues, das erst kürzlich erschien hat, die evangelische Kirche hätte Kontrolle annehmen müssen, wenn am 9. November 1918 und am 11. August 1919 (Reichsverfassung) keine Zentrumspartei dagewesen wäre. Dann erscheint ein altes „Sächsisches Kirchenblatt“ in Herrenhut. Daselbst trifft sich in seiner Wochenanzeige in Nr. 22 vom 28. Mai 1920 folgendes:

Vom Kapitol gar nicht weit entfernt wohnt der Papst. Dieser hat seinen Angen Bacelli als Vorschafter in Berlin ernannt. Sein Ziel ist, wie Zeitungsnachrichten zu melden wissen, die Errichtung eines katholischen Königtums inmitten Deutschlands! Warum auch nicht? Das evangelische Kaiserium ist gestürzt durch die ultramontan-faschistisch-demokratische Revolution; also ist der Weg zum katholischen Königtum eines heiligen römischen Reiches deutscher Nation frei. In diesem Altkriege gewinnen die monarchischen Bewegungen in Bayern, die sich anschließend immer fröhlicher entfalten, eine besondere Bedeutung. Und dann wird Erzberger der Kanzler dieses neuen Reiches von Papstes Gnaden — und das Evangelium in Deutschland?

Dazu schreibt uns heute ein hochangesehener evangelischer Pastor folgendes:

„Sehr geehrte Redaktion! Seien Sie mir zu dem Wochenanzeige des alten „Sächsischen Kirchenblattes“ in aller Eile ein kurzes, aber offenes Wort. Ich bin enttäuscht, daß das Blatt es wagt, in dieser Zeit, in der die Verdienste der deutschen Zentrumspartei auch um die evangelische Kirche von jedem objektiv Denkenden anerkannt werden müssen, seinen Defern solche Anmerkmäler aufzutischen. Legen Sie es zu den Alten! Es ist bezeichnend, daß das Blatt auch ebenso wie die evangelischen Vereinigungen Leipzigs in ihrem Schreiben an die politischen Parteien jetzt das Zentrum ignoriert. Mich und meine Freunde kann das nicht traurig machen. Ich will mit diesem Schreiben vor allem zum Ausdruck bringen, daß ich gewillt bin, am 6. Juni nun erst recht der Zentrumspartei Stärke meine Stimme zu geben. Ich möchte nur wünschen, daß recht viele Evangelische ebenso handeln würden.“

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung Ihr sehr ergebener R. R., Pastor in . . .“

Wir nehmen von diesem Schreiben mit großer Freude Kenntnis und brauchen ihm nichts weiter hinzuzufügen.

18. Verbandstag des kathol. Lehrerverbandes in Sachsen

Freitag den 28. Mai 1920.

Am 28. und 29. Mai fand, wie schon kurz berichtet, in Dresden die Versammlung der katholischen Lehrer Sachsen statt. Der wirkliche Vortrag zufolge war, wie zu erwarten, die Zahl der Teilnehmer nicht allzu groß. Doch um so inniger gestaltete sich nach langer Leidensdrückiger Trennung die Freude des Wiedersehens. Und nicht minder hell leuchtete die Hoffnung, nicht weniger stark drängten Schaffenstift und Schaffenstrafe zu unermüdlicher, enster Arbeit. Sie galt unserem armen deutschen Volke, das so schwer darunterliegt, unserer Jugend, auf die wie unsere ganze Hoffnung setzen, unserer Volksschule, um deren Geist so hell glänzen wird und nicht zuließ und Lehren felscht. „Wir wollen zeigen, daß wir in unserer Weltanschauung fest zusammenstehen und an der konfessionellen Erziehung der Volksschule festhalten. Wir wollen zur Erneuerung des deutschen Volkes beitragen, trotz aller Not, die uns droht.“ So lang es aus der Begründung zu Beginn der Tagung. Mit diesem festen Vorlage im Herzen schieden wir.

In der ersten Hauptversammlung, Freitag nachmittags 2 Uhr, besonderte Herr Seminaroberlehrer Dr. Molle-Baum in nahezu zweistündigen Ausführungen das Thema:

Voller edler Orgelton!
Solides Material!
Garantie!
Alle Preislagen!

Verkauf: Hentschel & Gräf,
Dresden-A.
Schloßstraße 18
Fernspr. 13 432

Harmoniums-Hörigel

Montag den 21. Mai 1920

der allgemeinen Volksschule eine Sichtung des nationalen Gemeinschaftsgefühls, eine innere Annäherung unter den schülerschreitenden Kindern erfordert, so wird durch sozial einigende Kraft der allgemeinen Grundschule jedoch keinesfalls ein von selbst durch das bloße Zusammenleben der Kinder, mir kann werden können, sondern erst durch die Entwicklung der neuen, nicht durch das Unterrichts- und Schullebens wird es dieser Grundschule möglich werden, große Grundlagen für die erste Erweckung sozialer Gemeinschaft zu schaffen. Nach zwei Jahren einheitlicher Pädagogik eine Besserung der pädagogischen Situation der Gemeinschaftsschule, einmal, dass durch die Tugendhaftigkeit der Lebensgewöhnung und stützlichen Verfestigung der schülerschreitenden Kinder die erzieherische Kraft der Schule vornehmlich erreicht wird, die große Unterschiedlichkeit der geistigen Ausbildung die Möglichkeit einer gleichmäßigen Fortschreitung des Bildungsaufbaus bedroht. Aber einer unbekannten Erziehungskraft ist es nicht einfach dadurch entzogen werden, dass sie keine sozialen Differenzen, die andere kennzeichnen, genauso mit der handelsähnlichen Differenzierung zusammenfallen, zum Prinzip der Schularbeitsetzung macht. Die andere Schulerzielsetzung, die sich aus der Vergleichung der Erweckung der Bevölkerungsstruktur für die Unterschiedlichkeit der allgemeinen Volksschule ergibt, heißt man nach dem Bericht der Dr. E. Lüttichau auf differential ethnologischer Grundlage aufzubauen. Manneiner Volksschulorganisation durch eine wechselseitige Vertiefung und Ablösung der intellectuellen Entwicklung und Selbstverantwortlichkeit überwinden zu können. Über diese Zwickmühle beweisen doch verschiedene Bedenken. Solche liegen einmal in der Bedeutung der Anwendungsfähigkeit dieser Organisationsform auf solche Fälle wo mehrere vollaufzulassende Schulsysteme durch Vereinigung ihrer Kulturbildungen und Hochschulen den ganzen Parallelbau der verschiedenen Klassensebenen zu entwinden gestalten. Solche droht bei der durch die moderne Bildungsausbildung erwiesenen Entwicklung von intellectueller Bildungsfähigkeit und sozialer Milieus die Gefahr, dass unter der Betrachtung der Bildungsfähigkeitserwerbung die alte Sandkastenspielerin ausstirbt, bis eben die Einheitsbildungseinheiten zu beweisen sich herausstellt. Vor allem sind die ethnologischen Bildungseinheiten (Bildungsbüros) und die pädagogischen Konsequenzen dieser neuen Organisationswelle unvereinbar mit einer reinen Bildungsausbildung mit den Voraussetzungen der Einheitsbildungsschule und der Arbeitschule noch nicht allenthalben so weit durchdrückt und eingesetzt, dass sich allgemeine verbindliche Voraussetzungen erarbeiten lassen. Die Notwendigkeit einer besonderen Ablösung für die eigentlichen Sonderarten der Volksschule, die Schmiedeßschulen, durch Führung besonderer Klassensebenen ist allerdings nicht von der Hand zu weichen.

Die Förderung der Vogabten wird man, besser als durch eine in weit gehende Vertiefung der Volksschule, durch den Ausbau unseres gesamten Bildungswesens, vor allem der höheren Stufen, zu einem neuen gesellschaftlichen System dienen können, das jedem einzelnen den Raum in dem seiner Sonderveranlagung entsprechenden Bildungswesens vermittelt. Die Erweckung des aus dem einheitlichen Unterbau der gemeinsamen Grundschule herauftretenden mittleren und höheren Schulwesens muss sich in gleicher Weise der sozialen Differenzierung des nationalen Arbeits- und Berufslebens, wie den inneren Unterschieden der pädagogischen Bildungsausbildung anpassen müssen. Der Aufbau der Vogabten darf jedoch nicht einsichtig nach der allgemeinbildenden höheren Schule hin orientiert werden, man muss ihn vielmehr in besonderer Weise individualisieren, das heißt nach der Wissenschaftlichkeit der besonderen Anlagen wie der Berufsforderungen zweckmäßig in leicht verschließen. In diesem Sinne wird vor allem ein auf die Volksschule anfahnbare, recht ansatzstarken Nach- und Berufsförderungen den zum Aufstieg beiderlei neuen Wege nach oben öffnen müssen, die zugleich den allgemeinen nationalen Kulturbildungen wesentlich besser entsprechen werden als die heutige Bevorzugung der rein theoretischen Kultur auf den höheren Schulen und der Universität.

Gegenüber den durch die innerpolitische Neugestaltung endgültig sicherstellten sozialen Einheitlichkeiten im Schulwesen bildet das Bemühen, über die Hindernisse der religiösen Gezwänge hinweg eine einheitliche Bildungsschule zu organisieren, den Hauptwirkpunkt im Schullandspfad der Gegenwart, um den mit der ganzen Schule, die für innere Weltanschauungsgemeinschaft charakteristisch ist, gerungen wird. Denn der Gegner der Weltanschauung, der sich in dem verschiedenen Verhältnis zur Religion ausbreitet, bedeutet eine wesentlich tiefere Scheidung als die durch die sozialen Differenzen bedingte Verschiedenheit, die doch immer liegend bleibt und in den beständigen sozialen Schichtverschiebungen immer aufs neue wieder eine Selbstberichtigung erfährt. So finden auch die religiösen Einheitlichkeitsbewegungen eine sehr verschlechterte Wirkung. Wirklichkeit drei Hauptarten der religiösen Einheitsschule stehen mit dem leichten Anprall auf Verwirrung nebst einander: 1. die religiöse, rein religiöse Schule, die jede religiöse Unterweisung ablehnt und sich mit einem allgemeinen Moralunterricht begnügt, 2. die religiöse-neutrale oder konfessionslose Schule, auch als reine Einheitsschule bezeichnet, die für die Kinder der verschiedenen Bekennisse einen gemeinsamen dogmatischen, vorzüglich religiösgeschichtlichen Unterricht verlangt, den jenseits allgemein-menschliche Gestaltungskriterien der religiösen Schule nach der ethisch-praktischen Seite hin ergänzen soll; 3. die sogenannte neutrale Simulationschule, die den Kindern die verschiedenen Bekennisse einen besonderen konfessionellen Religionsunterricht erlaubt. Von diesen drei Formen der Schule sieht die neue Weltanschauung die letzte als die Regelform vor, neben der es der Erziehung der Erziehungsberechtigten vorbehalten bleibt, für ihre Kinder die weltliche oder die reine Bekennishülfe zu fordern, so dass die zweite Form, die reine Simulationschule, aus den Reihen der gegenwärtigen Schulpolitik ausscheiden.

Wenn in diesen grundsätzlichen Weltanschauungsfragen überhaupt eine tatsächliche Verständigung möglich werden soll, wird man sie von rein pädagogischen Gesichtspunkten her, vor der Deutung der Naturhabe der Schule aus führen müssen.

Die von dem Charakter der Schule als einer eigenen selbständigen Verantwortung des Staates hergeleitete Forderung der Weltlichkeit der Schule ist eine Verständigung gegen die dieser Zustellung selbst zugrunde liegende Deutung des Kulturbildens des Staates. Denn wer den Staat als Kulturstaat auffaßt und für die Pflege von Wissenschaft, Kunst und Bildung von städtischer Wohlheit in Anspruch nimmt, darf, wenn er seiner eigenen Staatsaufsicht nicht unterwerden will, nicht die Fürsorge für die Religion von den Kulturbildungen des Staates annehmen. Auch der subjektive, von dieser sozial-politischen Richtung geteilte Erziehungspunkt, die Erziehungsauffassung der reinen Humanitäts-pädagogik, monatlich die Entfaltung der individuellen Anlagen und Kräfte, die Bildung zur harmonischen Persönlichkeit die Aufgabe der Schule ist, führt, wenn er mit den großen Erziehern aller Seiten die lehrhafte Lage zu religiösen Regelungen in der Seele des Kindes zugibt, zur Anerkennung der religiösen Bildung als einer wesentlichen erzieherischen Funktion der Schule. Genauso die Ideen der Persönlichkeitssbildung bedarf zu ihrer Verwirklichung einer erzieherischen Kraft, die über alle Verzerrungen der Bildungsarbeit hinweg der menschlichen Seele die Freiheit und Ruhe einer einheitlichen Bewußtseinshaltung zu geben imstande ist, die nicht nur das Denken lehrt, sondern auch das Handeln reguliert und so allerseit die menschlichen Verständigungsweisen zu Verhinderungen einer einheitlichen geschlossenen Persönlichkeit macht. Diese für alle Persönlichkeitsschulen unerlässliche Erziehungsleistung wird die für die aus der Schule verwiesene Religion als Erfolg herbeiführen. Moralunterricht nicht zu übernehmen fähig sein.

Es ist ein unpedagogischer ethischer Optimismus, dass seitliche Handeln, vor allem der Maße auf die alten Erziehungen gegenüber oft so schwierig und in allen sozialen Angelegenheiten so leicht bestechlich individuelle menschliche Vernunft zu gründen. Die autonome Sichtweise des ethischen Idealismus wird ja wie die Menschen nun einmal sind und wohl immer sein werden, niemals der allgemeine, alle zum Gute führende Weg zum städtischen Guten werden können. Das bestätigt nicht nur die wirtschaftliche Kraft des reinen, bloß von der Vernunft kontrollierten Moralunterrichts (Frankreich), das ist auch die übereinstimmende Überzeugung vieler moderner Pädagogen und Lehrer, wie Dr. W. Goerster, Paulsen, Volpert, Meiss, Bartho u. a., die darum die in der Religion wurzelnden Tugenden, auch der

heterogenen, für die Motivation des menschlichen Handelns zu Hilfe nehmen, wie ja auch die autonome Ethikmorale von ihrem Beginn der Rant in das Fundament einer sozialen Gesetzgebung verankert, das heißt die Moral auf die Religion gebrachte worden ist.

Dem Eigenwert religiöser Bildung sucht die Simultan-Schule (im Sinne der Reichsverfassung) durch einen nach den Grundzügen der betreffenden Religionsgemeinschaft erzielten, als konkret-bekenntnisähnlichen Religionsunterricht gerecht zu werden. Über sie macht dieser Religionsunterricht zu einem Simultanen Fach, anstatt um ihn als das einheitliche Lebenszentrum die erzieherische Kraft der gesamten Schule und des gemeinsamen Schullebens zu sammeln. Durch die gewaltsame Lösung der Beziehungen momentan zwischen den gesinnungsbildenden Höheren und die zeitweise Trennung der Kinder bringt die Simultanität um die Möglichkeit eines einheitlichen Erziehungsideal, vor allem nach sie auch auf die starke erzieherische Kraft verzichten, die aus der Gemeinschaft religiöser Erlebens in der Form der Glaubensübungen besteht. Sodann fordert die Simultan-Schule ein Maß von lokaler Objektivität und sozialer Ausdrucksfähigkeit, das einerseits manchen Bildungskoeffizienten in seiner erzielbaren Wirkung arg zu verunsichern droht, andererseits den Lehrer zu einer unsozialen Ausdrucksform des eigenen Weltanschauungscharakters erfordert, zu der er bei der Unmöglichkeit, sich von seiner religiösen Grundausbildung völlig loszulösen, kaum Zeit und im Interesse einer höheren erzieherischen Wirkung auch nicht genug Zeit hat. Aus solchen Gründen haben Pädagogen wie Döpke, Paulsen, Gaubig, Dr. W. Goerster, Spranger es als unmaßliches Kompromiss abgelehnt, dass die Schule sich damit begnügt, einige Stunden Religionsunterricht in ein von ganz anderen Weise erziehenden Schülern hinzuzuladen und gefordert, Schulumterricht und Schulleben in das Ganze einer einheitlichen Weltanschauung einzubetten.

Aber das Problem der Jugendförderung ist nicht allein vom Vor- den der Schule aus lösbar. Eine Bildungs- und Erziehungssprache sind zum nicht geringen Teile auch Gewissensfrage. Der neue Staat, der sich in der Reichsverfassung ausdrücklich als einen Staat der Gemeinschaftsrechtlichkeit bezeichnet, gewährt darum den Eltern das Recht, über die religiöse Erziehung ihrer Kinder zu entscheiden. Ganz im Sinne der wahrhaft freiheitlichen Norddeutschland, die Kreuzenstein 1914 auf der Kieler Tagung des Deutschen Lehrervereins vereinten hat, hat darum der Staat den Eltern, denen die Simultan-Ethik Regel-Schule für ihre Erziehungsauflösung nicht genügt, zugesanden, die Erziehung von Bekennishülfen zu fordern. So ist, was mit pädagogisch als die Idealform der Volksschule entwickelt haben, auch durch

Güten des vorhergehenden Tages wieder beobachtet — an ihrer Spitze unter hochwürdigster Herr Bischof — auch Herr Oberstudiendirektor Dr. Preysel gibt uns diesmal die Ehre seines Besuches. Nachdem die Versammlung ihren heimgegangenen Verbandschwestern und Brüdern ein silbernes, dankbares Gedanken geschenkt hat, erhält Herr Lehrer Kreischmer aus Chemnitz das Wort zu seinem Vortrage:

Welche Anforderungen stellen an uns die neuen Verhältnisse?

Seine überzeugenden, warmherigen von praktischer Lebenserfahrung und Lebensweisheit getragenen Ausführungen sollen in einer späteren Nummer dieses Blattes aufgenommen werden. Nach rücksichtiger Aussprache über die Auseinandersetzung, die Herr Schubert einen kurzen Bericht über die Junglehrerfrage. Herr Julius Rolle spricht zur Lehrerbildung. Anschließend findet folgende Entschließung einstimmige Annahme:

"Die bisherige Lehrerbildung bewege sich in einer eingliedrigen Lehrer und war nicht imstande, das Bildungsbedürfnis der angehenden Lehrer zu befriedigen und abzusättigen. Wir fordern deshalb Umwandlung der Seminare in deutsche Oberstufen. Die schiffsmühlschule und praktische Bildung erfolgt auf der pädagogischen Hochschule oder der Universität. Das Bestreben der konfessionellen Volksschule verlangt folgerichtig, dass deutsche Oberstufen und pädagogische Hochschulen konfessionellen Charakters geschaffen werden. Um soligen Verlangen nachzurücksichtigen, dass bis zum Ende eines Reichsschuljahrzes an den konfessionellen Charakter unseres lach. Seminars zu Bauen nichts geändert wird."

Im weiteren Verlaufe der Versammlung finden noch folgende vier Abschlüsse einstimmige Annahme:

1. Die jungen Kollegen sollen beraten werden, nicht dem Katholischen Lehrerverband beitreten.
2. Zum Verband wird ein katholischer Ausschuss gegründet.
3. Zum Vertretung des Kath. Lehrerverbandes des Deutschen Reiches entsenden Bautzen, Chemnitz und Dresden je einen Vertreter.
4. Der nächste Lehrertag soll in zwei Jahren in Bautzen stattfinden.

Mit Worten des Dankes und der Ermutigung schließt der Versammlung gegen 12 Uhr die zweite Hauptversammlung — Herr Albrecht aus Aue und Herr Direktor Mittendorff aus Dresden sprechen zum Geschäftsantrag — die Sitzung der Unterstellungsklasse und die Diskussionen der Lehrervereinigung der Erzgebirge.

Zwei Tage bevoransetzt, erster Arbeitstag hinter uns. Mögliche Freude Erlangen! Wieder sie dem Verbande, unserem katholischen Werte verpflichtet, durch höchsteren Willen und unserem armen Volk zum Segen gereichen!

In der Reichsschulkonferenz in Berlin vom 11. bis 12. Juni wird als Vertreter des kath. Lehrerverbandes für Sachsen Herr Lehrer Kreischmer aus Chemnitz teilnehmen. Die Zahl der Teilnehmer ist im ganzen 550.

Die Wahlbewegung

Eine geführte Wählerversammlung der Deutschnationalen

Eine gestern in Berlin-Schöneberg abgehaltene große Wählerversammlung der deutschnationalen Volkspartei, wurde von den Unabhängigkeitsgruppen gesprengt. Graf Westerwelt sprach über die Herrlichkeit der Sozialdemokratie, die uns in den Abgrund treibt. Sofort wurden über den Abstand der Menge zwei große rote Fahnen entrollt. Es wurden nicht nur Schwab- und Schmähne gegen die Tabelle gerichtet, sondern auch Sätze und Verschläge als Wurfgeschosse benutzt. Es gab zahlreiche Verwundeten. Da die Deutschnationalen erkannten, dass auf einen ordnungsmäßigen Verlauf der Versammlung nicht mehr zu rechnen war, rückten sie das Feld. In einer vor einigen Tagen in Mecklenburg abgehaltenen deutschnationalen Wählerversammlung wurde dem Abgeordneten von Größe ein Bierkelbel gegen die Brust geschleudert und mehrere anderen Teilnehmern Verletzungen beigebracht.

Reichstagswahl

Zum Ende der Stimmenabgabe bei den auf den 6. Juni 1920 anberaumten Wahlen zum Reichstag ist von uns das zum 21. Wahlkreise gehörende Stadtgebiet Dresden in 246 Wahlbezirke eingeteilt. Die Wahlhandlung dauert von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags.

Die Wahlräume der einzelnen Stimmbezirke sind aus den amtlichen Anschlägen zu ersehen.

Schleswig-Holstein, den 29. Mai. Am Freitagabend, den 8. Juni abends 8 Uhr, spricht hier Herr Hauptstaatsleiter P. Heinein. In Abrechnung der so nahen Wahl darf niemand im "Gebirgsgericht" fehlen.

Plauen i. B. Morgen, Dienstag, abend 8 Uhr findet eine große Zentrumsversammlung in Plauen statt. Herr Dr. Stauer aus Chemnitz wird über "Die Politik des Zentrums" sprechen. Alle Zentrumskandidaten von Plauen und Umgegend werden bringend gebeten, an der Versammlung teilzunehmen.

Der Hauptzweck der Spaer Konferenz

London, 20. Mai. Die vom britischen Geschäftsrat in Berlin-Lord Almarnock der deutschen Regierung überreichte Einladung zur Teilnahme an der Konferenz in Spa hat folgenden Wortlaut: "Die Aufmerksamkeit der alliierten Regierungen ist auf den Umfang gelenkt worden, dass die allgemeinen deutschen Wahlen am 6. Juni abgehalten werden, dass die allgemeinen deutschen, gemeinsam mit den verantwortlichen Vertretern Deutschlands die bedeutungsvollen Fragen zu prüfen, die durch die Reichsabschaffung der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen die seine Vertreter unterzeichnet und die durch den Verfolger ratifiziert worden sind, aufgeworfen werden. Die Konferenz wird gleichfalls alle Maßnahmen ergriffen, die in Zukunft die Ausführung des genannten Vertrages sicherstellen sollen. Es ist daher von höchster Bedeutung, dass die Sitzungen der Konferenz von Spa nicht unterbrochen und auf ein späteres Datum infolge der ungewöhnlichen Deutschlands durch seine inneren Angelegenheiten verzögert werden. Die alliierten Regierungen sind daher der Meinung, dass diese Konferenz auf Montag, den 21. Juni, angesehen ist. Sie werden sich freuen, die Zustimmung der deutschen Regierung zu erfahren."

Der Völkerbundsrat

Paris, 20. Mai. Der Rat des Völkerbundes tritt am 27. Juli in San Sebastián zusammen.

Die deutsche Forderung

Berlin, 29. Mai. Die Note der deutschen Entschuldigungsforderungen für die durch die französische Besetzung des Mainganges verursachten Schäden ist noch Paris abzugeben. Sie lautet auf 9/4 Millionen Mark.

Die deutschen Besitztümer in Frankreich

Paris, 29. Mai. Nach einer Mitteilung der Deutschen Handelskammer werden deutsche Besitztümer in Frankreich bis auf weiteres nicht freigegeben. Ihre Zurückhaltung sei vom Finanzministerium verfügt worden, bis die deutsche Regierung mit der Bekräftigung der Schadenersatzforderungen an Frankreich beginnen habe.

Die Vernichtung deutschen Kriegsmaterials

Paris, 29. Mai. "Bett Journal" meldet: General Rollé hat über die Vernichtung deutschen Kriegsmaterials, die unter seiner Aufsicht in Deutschland erfolgt, keinen Bericht erstellt. Der General bat 100 Verkörperungsämter geschlossen, die unzulässig

Die letzte Wohle! Agitiert für die Zentrumsliste Strieder-Ziesch

Eine wuchtige Zentrumskundgebung

Dresden, 30. Mai.

Der Himmel hatte ein Einsehen. Der sonnendurchflutete Sonntagnachmittag musste einem gewitterhaften, wolkenumhüllten Nachmittage weichen. Der auch bald einsetzende Regen hätte wohl viele bewogen, zu Hause zu bleiben, um dann des Abends zur großen Wahlversammlung der Zentrumspartei ins Vereinshaus zu pilgern. So ist denn der große Vereinshausaal voll besetzt. Gegen 2000 Personen sind aus allen Teilen der Stadt herbeigeströmt und sorgen nun dicht gedrängt Kopf an Kopf im Saal und auf der Galerie. Der volle Saal von den zahlreichen anwesenden, sommerlich gekleideten Damen in angenehmem Farbenmix unterblieben, bietet ein glänzendes Bild. Als kurz nach 8 Uhr der Redner des Abends, M. d. Rat. Dr. Herr Rechtsanwalt Dr. Hirschel, pilzt durch seine prächtigen Schläfenhaare in der „Sächsischen Volkszeitung“ längst kein Unbekannter, den Saal bereits, heißt ihn die Versammlung mit stürmischen Jubel willkommen. Von der bedeutenden Ehre, wie Herr Postsekretär Cholotowski in seiner Begrüßungsansprache, ist er herbeigeeilt, um durch sein feuriges Wort uns in das politische Tirolpaar zu stärken zum Kampf für die hohen Ideale der christlichen Volkspartei des Zentrums. Und als er dann das Wort ergreift, hängen die Augen der Riesenversammlung mit dem Ausdruck höchster Spannung und größter Aufmerksamkeit an seinem Lippen. „Immer und immer wieder von tosendem Beifall unterbrochen, führt er in fast zweistündigen Auseinandersetzungen in formvollendetem, auch mit Humor gesetzter Rede der Menge die Not unseres vor athen und von innen bedrängten Vaterlandes vor Augen, zegt er, wie das Zentrum in den schwersten Stunden des Vaterlandes unter Hintertreibung seiner Parteiinteressen, getrennt aber seinen Grundsätzen als wahnhafte christliche, demokratische, soziale und — nationale Partei seine Pflicht getan hat. Zeigt, daß nur die Erfüllung des Zentrumsprogramms Rettung aus Not und künftigen Aufbau sichert. Nur das Wehrkästle der Freude, über die wir heute an anderer Stelle dieser Nummer (Beilage) ausführlich berichten, sei hier wiedergegeben: Bei den kommenden Wahlen geht es um alles, darum alle Mann aufs Deck, auch in Sachsen, zur Wahl eigener Abgeordneten, wie auch zur Stärkung der Reichsliste. Sie die ungeheuren Aufgaben des neuen Reichstages braucht es ein starkes Zentrum. Oft und täglich gefeiert er, daß die Krisenstimmung, wie sie in den anderen Parteien so außerordentlich stark zugehtgetreten, auch am Zentrum nicht spurlos vorübergegangen sei. Der treue Stamm der Wähler und Wählerinnen aber wird sie, wie schon immer, auch diesem Überzeugen. Trotz der inneren Parteidisziplin mögliche in drei Fragen völlig Einigkeit unter allen Deutschen bestehen, und zwar in der ausdrücklichen Politik, den Abstimmungsfragen und der Hebung der wirtschaftlichen Not. In Kürze, eindringlicher Weise entrollte er ein Bild unserer ökonomischen Politik. Ohne Rücksicht auf Friedensvertrages gehen wir zu Grunde. Kein Säbelrasseln, was wir brauchen, ist nationale Wärde. Von einer Macht der bisherigen Feinde zu einer wahren Friedenspolitik ist noch wenig zu erwarten. Das große geographische Unglück für Deutschland ist, daß seine Frei- und Fehlgebiete an der Grenze liegen. Als Redner nun auf das von den gleichen Polen begehrte Oberösterreich zu sprechen kommt, das er selbst keine Heimat nennt, lobt er aus seinem heimatkundlichen Herzen wie eine heilige Flamme empor, die auf die Menge überspringt und in aller Herren der Schau ausblüht. Minnertal, Oberösterreich ist die deutsche Schicksalsfrage. Ohne seine Kuhle verschwanden und es lebten wie. Dies ist unsere wirtschaftliche Not. Rettung bringen kann hier neben Hebung der Erzeugung und Senkung der Preise im inneren Kern nur Einlehe und Umlehe aller zu einer christlich-südlichen Lebensführung.

Nach einer kurzen Würdigung der immensen Arbeit der Nationalversammlung legte der Redner klar und deutlich die Notwendigkeit der Koalitionspolitik des Zentrums dar. Nicht eine Grundsätzlich haben sich geändert, sondern die Rechten. Das Zentrum ist gegen jegliche Ausnahmesbestimmung, gegen jede Gewalt- und Klassenherrschaft. Dafür auch grundsätzliche Ablehnung jeder Revolution. Als Verteidiger ist es die Partei des Ausgleiches, das Parlament im Parlamente, weil es alle Sände in sich enthält und seine Interessen im Rahmen der ausgleichenden Gerechtigkeit vertreten.

An den Wählern liegt es nun, das Ihre für Särfung dieser Partei beizutragen, besonders in Sachsen. Nachdem Redner noch unter Hinweis auf das 50jährige Jubiläum des Zentrums im nächsten Jahr an die Freiheit, Dankbarkeit, Gerechtigkeit und Mülligkeit der Wähler appelliert, Klingt seine Rede aus mit dem alten Feldgescheit: Mit Gott für Wohlheit, Recht und Freiheit.

Nicht endenwillender Beifall lohnt den Redner und kommt wieder erschüttertem Sturm heller Begeisterung den Saal. Nach den

Stunden in Tätigkeit sind. Das Material wird nicht vernichtet, sondern nur zu Kriegszwecken unbrauchbar gemacht. Es wird dann die Wiedergutmachungskommission zugesetzt, die es an deutsche Altenkrieger verläuft. Der Wert dieses Altmaterials wird auf mindestens vier Milliarden Franken geschätzt.

Das Vertrauensvotum für Millerand

Paris, 30. Mai. Die Vertrauensabstimmung der Kammer für das Ministerium Millerand lautete: Die Kammer ist der Ansicht, daß der Vertrag von Verfaßt die völklige Wiedergründung der an Personen und Sachen verbliebenen Verbindungen Frankreichs unterlegt. Sie billigt die Erklärung der Regierung und bat das Vertrauen, daß sie die Rechte und die Interessen Frankreichs beobachten werde, indem sie im Einverständnis mit den Alliierten alle Garantien aus dem Friedensvertrag sicherstelle. — Nach der richtiggestellten Stimmabstimmung mit 501 gegen 88 Stimmen abgelehnt wurde. Unter den legeren befinden sich 80 unparteiischen Sozialisten. 88 Stimmenabstimmungen verteilen sich auf fast alle politischen Kreise.

Rein französischer Gefangenenzuschlag

Paris, 30. Mai. In Bezeichnung einer förmlichen Erklärung der Kriegsminister, die französische Militärmission zur Besetzung für die Vermögen habe das deutsche Gebiet fest-

Dankesworten des Vorstehenden eröffnet Herr Hauptgeschäftsführer Hirschel, von freudigem Beifall begrüßt, die Debatte. In humorvoller Weise entschuldigt er den leider durch eine Verhandlung in Österreich entgangenen ersten Kandidaten der sächsischen Zentrumspartei, Herrn Universitätsprofessor Dr. Strieder. In temperamentvoller Weise reißt er sodann das Vorgehen der Deutschnationalen und führt gegenüber den sozialen Behauptungen von dieser Seite an, daß das Recht in Sachsen sehr wohl eine Rolle spielt und daß keine einzige Stimme in den Papierloch wandert. Die Bedeutung des sächsischen Zentrums liegt eben darin, daß das deutsche Zentrum hinter ihm steht und daß dieses die konfessionelle Schule erhalten hat. Begeisterter dem Vortrag einer Seite, daß das Zentrum nur eigene Interessen verfolge, führt Herr Hirschel an, daß die Schulung der evangelisch-konfessionellen Schulen genau so das Verdienst des Zentrums ist. Jetzt gilt es, anstrengt zu wirken, damit keine einzige Stimme verloren geht. In erläuternden Ausschreibungen in Bezug auf die Reichsliste und die Befreiung des kommenden Reichslaborents zeigt er die Bedeutung jedes einzelnen Stimmen. In Sachsen ist genau worden, was geschehen werden könnte, nun ist es aber an der Zeit, in dieser letzten Woche noch tüchtig Kleinstadt zu leisten. Seiner herzlichen Wünschen eine gewisse Wahlmäßigkeit. Gewissenhaftigkeit ist es, wenn ein Wähler zu Hause bleibt. Für uns gilt es, die Reihen zu schließen, Volk und Vaterland steht auf dem Spiele, das stehen viele bürgerliche Kreise noch nicht zu führen. Wir leben in einer Weltvermischung. Dessen kann uns nur innere Unruhe. Niemand mag aber damit im öffentlichen Leben anfangen; das deutsche Volk muss die Reichsversammlung noch der kulturellen und wirtschaftlichen Sache hin lehnen. Es gilt die christliche Erneuerung, das ist der große Nebenziel für den wir arbeiten. Auf zur Wahl am 6. Juni. Aber auch, wenn im Herbst die Wahlen zum Landtag rausen, müssen wir auf dem Platz sein. Unsere Arbeit muss den Erfolg haben, daß auch im Stände ein Kandidat die Zentrumsgedanken verkündet. Meicher, ich immer wiederholender Beifall zeigte dem Redner, daß seine Reden einen klaren Sinn gefunden.

Lebhafter Beifall findet ein Deutschösterreicher, Herr Eichner bei seiner Wortschärfen, trotzdem ihnen die Ausübung des Wahlrechtes versagt bleibt, dennoch zu tätiger Würde für das Zentrum auffordert.

Die manhaftesten Worte eines Protestantten, Herrn Ross, mit denen er für ein Handlungsbuch der Katholiken und Protestanten auf der Grundlage des Christentums eintritt, lösen in der Versammlung bestürzte Zustimmung aus.

Nicht lebhaft gestaltet sich die Debatte, als ein Deutschnationaler, Herr Referendar Jäckel, sich in scharfen Anwörtern gegen die Sächsische Volkszeitung erhebt, dem dann Herr Hirschel in gebührender und temperamentvoller Weise entgegnet. Seine Behauptung, daß der Kap.-Putsch mit der deutschnationalen Volkspartei nicht das Geringste gemeint habe, die auch eine deutschationale Dame, Freiin v. Bracke, verteidigt, bringt ihm den schlagenden Gegenbeweis.

Nachdem sich die Versammlung an der Brandrede eines Unabhängigen, in der dieser u. a. gegen die Deutschnationalen stark vom Holze zog, ergeht hat, appelliert ein Arbeitler, Herr Huttelsmaier, an seine Standesgenossen, in alter Treue für das Zentrum einzutreten.

Die erfreuliche Tatsache, daß die Männer, in aller Wahrheitsliebe ausführlichen Darlegungen der beiden Hauptredner überzeugend gewirkt haben, zeigt die Meinungsänderung über das Zentrum in nationaler Hinsicht eines Protestantten, Herrn Lühne, und nicht minder die Anerkennung in dieser Hinsicht von einem Vertreter der Deutschen Volkspartei, Herrn von Winterfeld, der nur wenig gegen die Zentrumspolitik einwenden konnte.

Nachdem Herr Hirschel in einer kurzen Beweissträchtiger Weise unter lebhaftem Beifall all die Vorwürfe, die im Laufe der Debatte von gegnerischer Seite laut wurden, entkräftet hatte, ergreift Herr Dr. Hirschel das Schlusswort, dankt in herzlicher Weise den manhaftesten Wortschärfen des Zentrums, gibt in einzelnen auf die gestellten Fragen und Vorwürfe Antwort und zeigt, daß Katholizismus und Vaterland zwei Begriffe sind, die sehr wohl vereint werden können. Mit einem nochmaligen Appell für den 6. Juni schließt er unter tosendem Beifall seine ungemein begeisterten und fesslenden Ausführungen.

So hat denn, wie die Rede des Reichsfinanzministers Dr. Wirth im Volkswohlaale, mit der die Wahlbewegung einen so glänzenden Aufschwung genommen hatte, auch diese Versammlung gezeigt, welch reger Geist in den Reihen der ländlichen Zentrumskandidaten herrscht. Mit frischer Übersicht können wir am 6. Juni zur Wahlurne schreiten. Das Zentrum wird und muß erfolgreich aus den Wahlen hervorgehen. K.

matisch erforst und keinen französischen Gefangenen feststellen können, der gegen seinen Willen in Deutschland zurückgehalten würde.

Wilson's Veto schlägt

Washington, 30. Mai. Die Versammlungen, Präsident Wilsons Veto gegen die Friedensentschließung der Republikaner ungewiss zu machen, sind fehlgeschlagen, da bei der Abstimmung im Repräsentantenhaus 29 Stimmen an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit fehlten.

Die Täte und der Friede

Paris, 30. Mai. Die törichte Friedensgefandschaft hat in einer Note eine Verlängerung der Frist bis zum 11. Juli nachgefordert, um Gegenbemerkungen zu den Friedensvorstellungen zu machen.

Der heilige Krieg?

Basel, 30. Mai. Am Konstantinopel wird englischen Blättern berichtet, daß in Istanbul ein moschmedischer Anlauf zum Heiligen Krieg ausgerufen worden sei. Weiter wird berichtet, daß Gallia von osmanischen Kriegshäupten überflutet ist. Die französischen Szenen in den Händen der Kuffashischen. Die Franzosen erlitten schwere Verluste. Die Bevölkerung sieht noch

der englischen Flotte, die ebenfalls bedroht ist. Auch in Mesopotamien rücken die Araber weiter vor. Damaskus und Bagdad sind eingeschlossen. Auch Jerusalem ist von den Arabern bedroht.

d'Annunzio

Belgrad, 30. Mai. Wie das südostasiatische Pressebüro meldet, erklärt der Ministerpräsident in der Nationalversammlung, die Regierung sei bestrebt worden, daß d'Annunzio mit seinen Truppen an einem bestimmten Tage Sušak befreien wolle. Er habe daraufhin die italienische Regierung bestimmt, daß die jugoslawische Regierung ihrerseits entsprechende Schritte einzulegen würde, entsprechende Befehle an die jugoslawische Armee erlassen.

Die Italiener werden eine große Kundgebung der Bevölkerung von Roma für d'Annunzio in Folge der Verhaftung von Dalmatinern und Bewohnern von Itume in Rom.

Unabhängigkeitserklärung Lettlands

Kopenhagen, 30. Mai. Das lettische Presse-Bureau meldet aus Rigas: Am 27. Mai erklärte die lettische Nationalversammlung einstimmig Lettland als unabhängigen Staat auf demokratischer Grundlage.

Die Tschecho-Slowakei gegen Polen

Prag, 30. Mai. Nach einer Meldung des tschechoslowakischen Pressebüros wurde heute in einer Volksversammlung gegen den polnischen Terror aus Anlaß der bevorstehenden Wahlversammlung in Teilen der Tschechei und der Krava fürstlich protestiert. Die Versammlung forderte in einer Entschließung, daß die Regierung um Ernennung einer neuen internationalen Plebisizit-Kommission ersucht und den Volksrat und den Obersten Rat in Paris auffordert, unverzüglich eine Untersuchungskommission zu entsenden. Die Tschecho-Slowakei würde keinen Krieg mit Polen, werden aber ihr Recht bis zum äußersten verteidigen.

Polnische Schwundmeldungen

Berlin, 30. Mai. Ein politischer Zuspruch aus Warschau, „Alle“ vom 22. Mai bringt u. a. folgende Nachricht: Bis zum 6. Mai ist es den Deutschen gelungen, in Oberschlesien 125 000 Männer an Truppen einzuführen, unter ihnen befindet sich die Marinetruppe Chorzele. Im Westen und anderen Orten haben deutsche Truppenübungen stattgefunden. Die Deutschen erklären, sie würden Oberschlesien nicht freiwillig räumen, eher würden sie die ältesten Truppen entwaffnen.

Hierzu wird erklärt: Reichswehr befindet sich im Abstimmungsgebiet Oberschlesien überhaupt nicht, so daß die Angaben über Truppenübungen auf freier Grundlage beruhen. Die Marinetruppe Chorzele befindet sich zur Auflösung im Munitionslager. Die von den Polen jetzt gemeldete Tatsache, daß die alliierte Kommission bis jetzt keine Mahnahmen getroffen hat, um dieser heimlichen deutschen Invasion entgegenzuwirken, beweist am besten die Hilflosigkeit der polnischen Angriffe.

Neue französische Mordtat

Beuthen, 30. Mai. Heute vormittag hielten die Franzosen am Flug die elektrische Straßenbahn an und rissen den im Wagen befindlichen amerikanischen Staatsangehörigen Heide, der zurück in Oberschlesien vorliegende über Amerika läuft, heraus. Während des Fluges fielen die Deutschen an. Heide verhinderte sich die Marinetruppe Chorzele. Im Westen und anderen Orten haben deutsche Truppenübungen stattgefunden. Die Deutschen erklären, sie würden Oberschlesien nicht freiwillig räumen, eher würden sie die ältesten Truppen entwaffnen.

Die deutschen Vertreter des internationalen Arbeitsamtes Berlin, 30. Mai. Zu der am 16. Juni in Genf beginnenden zweiten Tagung des Weltarbeitsbundes angelegten internationalen Arbeitsamtes gehen als deutsche Vertreter: Geheimer Rat Lehmann vom Reichsarbeitsministerium, Geheimer Rat Werner vom Reichswirtschaftsministerium für die Regierung, Direktor Böger-Hamburg vom Centralverband der deutschen Arbeiter für die Arbeitgeber und Reichsminister a. D. Wissell für die Arbeitnehmer.

Der Abtransport der russischen Gefangenen

Berlin, 30. Mai. Die Mission für den Gefangenen austausch des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Berlin steht mit dem Abtransport der russischen Kriegsgefangenen unter der Leitung des J. R. R. A. Stehens über die Übergabeaktion in Narwa im Gang. Bis zum 28. Mai sind fünf Schiffe mit etwa 8400 Insassen nach Narwa abgegangen, von wo 2500 bereits in Narwa ausgetauscht sind. Auf Wunsch der russischen Regierung wird im Abtransport folgende immer wiederkehrende Melchisole eingehalten: 1. Russland, 2. Ural und Wolga, 3. weißrussische Gouvernements, 4. Siberien, 5. südliche Gouvernements.

Bis zum 28. Mai sind Transporte aus folgenden Lagern abgegangen: Havelberg, Stargard, Wismar, Wandsbek, Kiel-Niedersachsen; bemerkbar kommt Hammelburg und dann wieder Marsberg an der Reihe. Es finden zwei bis drei Transporte wöchentlich statt.

In diesen Transporten sind bis zum 28. Mai von Nagoya in Swinemünde 1880 Angehörige der Centralmächte angelangt und ein Transport mit 580 Schweizern.

Die weltliche Bewegung in Hannover

Berlin, 30. Mai. Staatskommissar Weizsäcker erklärt zu den Nachrichten über die weltliche Bewegung in Hannover: Daß die deutsch-hannoversche Bewegung (Weltbewegung) mit größerer Hartnäckigkeit als die Befreiungsbewegung von Preußen verfolgt, war und ist der Regierung bekannt. Es wird auch nicht daran geweckt, daß die führende der Bewegung gegebenenfalls nicht vor Gewaltmaßnahmen zurücktreten würden, um ihre Pläne anzuführen. Tagegen ist es nicht gelungen, rein deutsch-hannoversche Reichswehrverbände in der Provinz zu schaffen. Das darf allerdings sicher sein, daß die Bestrebungen der Befreiung Hannovers durchaus nicht ausgehen.

Ein Protest deutscher Frauenverbände

Von deutsichen Frauenverbänden wurde folgender Protest an die Reichsregierung gerichtet:

„Aus dem Westen Deutschlands kommen Nachrichten über scharfes Feuer, die von farbigen Soldaten in den von den Franzosen besetzten Gebieten verübt werden. Die Belagerung dieser Gebiete besteht fast ganz aus afrikanischen Truppen, die sich aus dem siebzigtausend stehenden Stämmen zusammensetzen. Nordosten und barbarische Räuber werden von den farbigen Franzosen begangen. Deutsche Frauen werden gehändert und fallen der sogenannten Schande der Schwarzen und den Schwarzen, die sie verbreiten, zum Opfer. Aus dieser Handlungswise spricht der ganze Hass unserer Feinde, die um uns zu verbergen, nicht davor zurückzuschrecken. Europäer, die nicht zu handhabenden Räubern der afrikanischen Rasse ausgespielt und Schwarze durch sie zu schänden. Die unterschieden zwischen farbigen und Schwarzen durch die ihnen in ihrem Mittelalter angebrachte Schmach. Sie fordern, daß die Regierung alles tut, um die schändliche Bildung der farbigen Truppen und deutschem Bande zu erringen. Sie werden so lange ihre Stimme erheben, bis auch in Hessenland und bei den neutralen Ländern ihr Erziehungsruf gehört wird und einen Widerhall findet.“

Montag den 31. Mai 1920

SACHSISCHE WELTZEITUNG

Arbeitsgemeinschaft der Generalkommission der Gewerkschaften in Deutschland. Berufsverband der katholischen weiblichen Handwerkerinnen Deutschlands. Berufsverband der katholischen weiblichen Handarbeiterinnen Deutschlands. Bund deutscher Frauenvereine. Deutsch-Evangelischer Frauenbund. Deutsche Christliche Vereinigung arbeitender Frauen. Deutscher Frauenbund Deutscher Nationalverein der brennblumen junger Mädchen. Evangelische Frauenhilfe.

Die Auflösung des Freikorps

Berlin, 30. Mai. Da sich in der letzten Zeit Bestrebungen bemerkbar gemacht haben, die entlassenen oder zur Entlassung bestimmten Angehörigen der Freikorps oder ähnlichen Formationen zusammenzuschließen, um der Ausbildung Widerstand zu leisten, hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, durch die die Aussöhnung an frühere oder derzeitige Angehörige der Freikorps zu vereinbarmen über gewaltsamem Widerstand gegen Anordnungen der zuständigen Dienststellen, insbesondere gegen Anordnungen über Auflösung, Vereinigung und Umgliederung der bestehenden Verbände oder der Widerstand gegen solche Anordnungen, mit Haftstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnisstrafe bedroht wird. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer oder politischer Art zusammenzuschließen oder wer an solchen Verbänden teilnimmt.

Erklärung der Groß-Berliner Garnisonen

Berlin, 30. Mai. Das Reichswehrministerium stellt mit dem Anlaß der zahlreichen Volksgerüchte erschienenen heute die Kommandeure der Garnisonen von Groß-Berlin beim Reichswehrminister und legten ihm eine Erklärung vor, wonach sie sich bedingungslos hinter die verfassungsmäßige Regierung stellen und bereit sind, die Verfassung gegen jeden gewaltsamen Ansturm zu schützen. Der Reichswehrminister erwiderte darauf, daß er auf die Wonneckwohl daue und dankte Ihnen. Er bat dem Reichspräsidenten Meldung erstattet. Der Reichspräsident nahm diese Erklärung mit Dank und Belehrung entgegen.

Berlin, 30. Mai. Der Frontbund veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt, der Frontbund sei eine rein wirtschaftliche Verbursorganisation und betrifft sich nur mit sozialen internen Fragen innerhalb des Reichswehr, nicht mit polit. und empfände es bitter, daß seine frühe, rechte Organisationsfähigkeit zu Wahlmanövern missbraucht worden sei.

Die angeblichen Waffenverschiebungen

Berlin, 28. Mai. Die vom Reichswehrministerium wegen der die ihm in der Presse vorgeworfenen Waffenverschiebungen angekündigten Nachforschungen haben ergeben: Die vom Oberpräsidium von Pommern Ende April im Freihafen von Stettin beschlagnahmten Geschüze waren zum Austausch älterer Geschüze der österreichischen

Küstenartillerie, die ebenfalls beschlagnahmte Munition zur Ausstattung der Reichswehr und der Sicherheitspolizei seit längerer Zeit bestimmt. Infolge der Sperre des polnischen Korridors und wegen Marcks angesuchtem Schiffsraum könnte die Munition erst Anfang Mai abgeföhrt werden. Von einer Beweinung der inzwischen auch wieder freigeraubten Schiffe ist Abstand genommen worden. Von einer Rückerstattung von Waffen und Munition an Finnland ist vom Reichswehrministerium nichts bekannt.

Ausnahmeverbot für Rosenkränze

Durch eine am 1. Juni in Kraft tretende Bekanntmachung werden Rosenkränze, soweit sie aus Eiseneln, edlen Perlen, Korallen, Muscheln, Art horn oder aus andern pflanzlichen Spannstoffen oder Nachahmungen der vornamen Stoffe hergestellt sind, unter Ausnahmeverbot gestellt. Ausnahme für die Erteilung der Ausnahmeverfügung ist die Außenhandelsstelle für Schnittstoffe, Hörnerstoffe und Andere, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 11.

Nachrichten aus Sachsen

Vergütung von Schäden bei Unruhen

Das Reichsgesetz über die Vergütung von Schäden, die bei Unruhen entstanden sind, ist am 14. Mai in Kraft getreten. Über die Erhaltungswertur von besonderen Auslässen entscheiden die bei jeder Kreishauptmannschaft abgebildet werden sollen, sobald bei Rechtsratssitzungen über ihre Auswirkungen und das Verfahren erlassen hat. Die Annahme von Ansprüchen hat binnen einer Frist von 3 Monaten seit dem Eintritt des Schadens zu erfolgen. In allen bisherigen Schadensfällen in Sachsen beginnt die Auszahlungsfrist am 14. Mai. Die Annahme hat bei dem zu bildeten Ausschuß, solange dieser noch nicht gebildet ist, bei der Kreishauptmannschaft zu erfolgen. Schäden, die bereits bei einer Wehrkörperschaft anmeldet sind, müssen bei dem zuständigen Ausschuß aber bei der Kreishauptmannschaft nochmal anmeldet werden.

Das Wehrkreiskommando IV teilt mit: Folge der Vergütung des Reichswehrministeriums wird darauf aufmerksam gemacht, daß zur Belehrung der Abwehrdienststellen alle Ansprüche ehemaliger Volkskämpfer zur Vermeidung von Weiterungen bis spätestens 1. Juli 1920 bei den zuständigen Hauptstellen – möglichst durch Vernehmung des Wehrkreiskommandos – angewendet sein müssen, da andernfalls die Erledigung berechtigter Ansprüche sehr lange Zeit in Anspruch nehmen wird.

Aus Dresden

Eine katholische Studentenverbindung in Dresden. Dresdens Hochschule hat nun auch eine farbentragende katholische Studentenverbindung, die „Saxo-Thuringia“

mit schwarzweiß-grünen Farben (Schwarze Wölfe). Angeschlossen ist die Verbindung dem großen O.-V.-Verband katholischer farbentragender Studenten. Durch dankenswerte Unterstützung der „Alten Herren“ der Verbindung ist diese bereits in der Lage am 1. Fronteckamfeste in Wicht mit Fahne in der Hoffnung zum Hochamt und Prozession zu marschieren. Die offizielle Couleur-Veröffentlichung wird am 24. und 25. Juni in feierlicher Weise gefeiert, wozu viele anwärige Verbindungen anreisen werden. Die Anzahl der Verbindungen ist Schloß Hotel Wiener Platz, wo auch die wöchentlichen Konvente und Abreihungen abgehalten werden.

* Um den drohenden Ausstand der Bäckergehilfen in den Dresdner Bäckereien abzuwenden, haben, wie wir hören, beide Verhandlungen statt. Die Bäckereien werden vorläufiglich das Ultimatum der Gehilfen nicht annehmen, scheinen aber zu Entgegenkommen bereit zu sein.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Kathol. Frauenbund, Amelieverein Dresden. Städtische Bürgerlicher Kursus. Auf den heutigen abend stattfindenden Vortrag des Herrn Kaplan Englert über „Kirche und Schule in der Verfassung“ sei nochmals hingewiesen. (S. Am.)

Dresden. Katholischer Kaufm. Verein St. Ursula. Die Mitglieder in ihren nechten, heute abend zahlreich an dem um 8 Uhr im kathol. Gesellenhaus stattfindenden Vortrag des Herrn Direktor Englert teilzunehmen und sich nach demselben zu den notwendigen Vorbereitungen für den Wahlgang zur Verhinderung zu stellen.

Dresden. Kathol. Verein erwachsenstätiger Frauen und Mädchens. Der Präses bittet die Mitglieder, heute abend um 8 Uhr vollständig im kathol. Gesellenhaus dem Vortrag des Herrn Georgius Stahlbach vorzuhören und sich nach demselben dem Wahlausschuß zur Vorbereitung des Wahlganges zur Verhinderung zu stellen.

Dresden-Johannstadt. (Vinzenzitus-Verein) Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr Sitzung der Herz-Jesu-Konferenz. — Ebersbach i. S. Die Katholiken von Ebersbach kommen am 2. Pfingstfeiertag zusammen, um im Sommerhalbjahr ihre letzte Verkündigung abzuhalten. Der Besuch war in Abbruch der Hochzeit gut. Herr Pächtmaler Günther Müller-Dorf behandelte in einem längeren Vortrage die Rentenpolitik und zeigte dabei den Gegensatz zu anderen Parteien. Herr Walter Auerbach besprach weitere augenblickliche Vage auf dem Feldweg.

Mädchen

wieges in Nähe und Haushalt erhaben ist.

Offeret unter „S. B. 141“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ehrliges, aufständiges, ältere

Mädchen

für Nähe und Haushalt für 16. Juni

oder 1. Juli gesucht. Frau

Georg Adolf Staeckel sen.

Leipzig - Gutleuth.

Leiterstraße 6.

Gebildeter katholischer junger Mann

sucht für Anfang Juni

Zimmer

mit voller Pension

bei eigenen Lebensmittelieferung-Offerten unter „S. B. 189“ an die Geschäftsst. d. Blattes erh.



15-25 Mark

garantiert dauernden täglichen Verdienst für Jeden. Deichle kaufen und angenehme Hausharbeit. Stein Wiederverlauf. Entfernung gleich. Auseitung samt Arbeitsgrat ist beigefügt. Bei Anfrage zu bemerken: Für Abteilung B. Ramens-Harten-Verlag J. Wachs, Chemnitz, Peterstr. 9.

Amtliche Bekanntmachungen

Schmalz-Verteilung

Freitag den 4. und Sonnabend den 5. Juni 1920 wird beliefert:

a) die angemeldete Landeskellerei der Stadt Dresden,

b) der angemeldete Butterbezugschein für Großverbraucher

in voller Höhe mit Margarine.

Der Kleinhandselpreis beträgt für Schmalz 8.85 M für 90 g

21.88 M für ein Pfund, für Margarine 14.20 M für ein Pfund.

Vorzeitige Abgabe ist strafbar.

Dresden, am 27. Mai 1920. Der Rat zu Dresden.

Postsekretär Georg Banda und Frau Hedwig geb. Haupt
Vermählte
Leipzig, Brandvorwerkstraße 58

KFB
Kathol. Frauenbund
(Zweigverein Dresden)
labet zu dem am Montag den 31. Mai
im kathol. Gesellenhaus (Grünes Zimmer)
abends 8 Uhr stattfindenden

Staatsbürgerlichen Kursus ein.

2. Vortrag: „Kirche und Schule in der Verfassung“.

Nedner: Herr Kaplan Englert.

Das Erscheinen aller Frauen und Mädchens, besonders der Vorstufen der katholischen Frauenvereine, ist dringend notwendig. Anschließend an diesen Kursus sollen Wahlhelfer und -Helferinnen für Dresden-Altstadt eingestellt werden, deshalb bitten wir um zahlreichen Besuch.

Zentrumspartei Schirgiswalde.

Donnerstag den 3. Juni (Fronleichnamstag)
abends 8 Uhr im Saale des „Erbgerichts“

Oeffentliche Versammlung.

Es spricht Herr Hauptschriftleiter Heßlein - Dresden:
„Der Schicksalstag des deutschen Volkes.“
Männer und Frauen! Erscheint alle!

Sächs. Zentrumspartei, Ortsgr. Kamenz.

Mittwoch den 2. Juni abends 8 Uhr
im „Hotel Stadt Dresden“

Öffentliche Zentrums - Versammlung.

Herr Chefredakteur Heßlein spricht:
„Vor der Entscheidung“.

Alle Zentrumsanhänger werden freundlichst hierzu eingeladen.

Der Vorstand.

Das Wahlbüro der Sächsischen Zentrumspartei

(Christl. Volkspartei) Ortsgruppe Dresden

befindet sich ab 25. Mai bis zum 6. Juni

im katholischen Gesellenhaus, Räuberstraße,

und hat seine Geschäftsstunden von 10-6 Uhr

Im Wahlbüro werden alle Wahlakten erstellt, Flugblätter abgegeben, Gelder für Wahlfonds angenommen, Mitgliederanträge vorgenommen, ebenso werden von dieser Stelle aus noch Redner vermittelt

Zentrum (Christl. Volkspartei) Plauen i.V.

Dienstag den 1. Juni abends 8 Uhr in der „Zentralhalle“

Große Versammlung.

Redner: Herr Dr. Rauer - Chemnitz:

„Die Politik des Zentrums.“

Das Erscheinen aller Zentrumsanhänger ist Ehrensache! Werbet und bringt Freunde der Partei mit!

Der Vorstand.

Linksradikaler Bolschewismus!
Rechtsradikaler Nationalismus!

Auf zur Wahl!

Drittes Wahlflugblatt der Sächsischen Zentrumspartei.

Tausend Mk. 38.— einschließlich Verpackung.

Bestellungen sofort an das Parteisekretariat, Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46.

Stimmzettel

für alle drei sächsischen Wahlkreise liefert nur das Parteisekretariat der Sächsischen Zentrumspartei in Dresden. Soweit noch nicht geschehen, wird um umgehende Bestellung der Stimmzettel ersucht.

Der Volksverein für das katholische Deutschland,

Ortsgruppe Dresden-Neustadt

labet alle seine Mitglieder, Männer und Freunde zu dem am

Dienstag den 1. Juni ab 18.30 auf der Waldbühne-

Terrasse, Schillerstraße, Stadtkabinett.

Sommerfest

bestehend in Gartenkonzert, Kinderbelustigungen aller Art, Gabenlotterie, Gesangs- Vorträgen des Kirchenchores „Cäcilia“, humor, Darbietungen, Tanz u. a. m. herzlichst ein.

— Anfang nachmittags 4 Uhr. —

Bei regnerischen Wetter stehen uns die großen Kolonnaden, Saal und andere Nebenzimmer zur Verfügung. Der Vorstand.

Zentrumspartei, Ortsgruppe Zwickau.

Dienstag den 1. Juni abends 8/8 Uhr
im „Deutschen Haus“, Schnoorberger Straße

Öffentliche Versammlung.

Redner: Rechtsanwalt Dr. Herschel, M. d. M., Breslau.

Christlich denkende Männer und Frauen aller Konfessionen! Erscheint alle!

Gestaltet die Versammlung zu einer gewaltigen Kundgebung für die christliche Weltanschauung.

Beilage zur Sächsischen Volkszeitung

Nr. 121

Montag, den 31. Mai 1920

19. Jahrg.

Abg. Dr. Herschel über „Zentrum und Reichstagwahl“

Eine bemerkenswerte Rede in der Dresdner Zentrumsversammlung am Sonntag

Der Volksbote muß mit dem Volle in engster Fühlung bleiben, besonders vor den Wahlen, das ist wahre Demokratie. Warum geht es bei dieser Wahl? Tatsächlich um alles. Von der Wahlteilung hängt es ab, ob der Reichstag 300, 400 oder 500 Abgeordnete zählen, ob das Zentrum mit 60, 80 oder 100 Mitgliedern dort einzischen wird. Wahllaukum ist diesmal eine noch größere Stunde und Todesstunde als sonst. Wie man sich bettet, so liegt man. Auch die sächsische Diaspora muß alle Männer und Frauen am Tag bringen zur

Stärkung der Reichsliste.

Ungeheuer sind die Aufgaben des Reichstages. Gesetzgebend hat er das Reichsschulgesetz, wichtige Straf- und Strafgesetze, die Fortsetzung der Bevölkerungsreform neben vielen anderen wichtigen Vorlagen zu erledigen. Politisch hat er den Forderungen des Tags zu genügen, die ihm in so bewegter Zeit wie heute in Überfülle drohen. Wirtschaftlich muß er wieder aufzutauen. Dazu kommt, daß der Reichstag im Gegenzug zu früher der wahre Träger der Reichsregierung, der Vorsitzender des Volksrates sein soll. Deßhalb befürwortete sich keiner, der nicht wählt, nachher, daß der gewählte Reichstag ihm nicht paßt. Jeder wird jetzt seines Glücks schmieden. Danach handelt es

Selbst ein hoher Wahlkampf muß mit anständigen Waffen geführt werden. Das Zentrum will nicht verleben, es will überzeugen. Es braucht nicht andere herunterzuziehen und Worte zu machen, es kann sachlich bleiben und auf eigene

Taten

zu verzweilen. Seine Geschichte und sein Programm sind die beste Ablösung. Es hält sich, weil es am wenigsten Treibholz hat, bei jedem Wahlkreis und in jeder Krise. Auch die gegenwärtige wird sein treuer Stamm von Wählern und Wählerinnen überwinden. Der Erfolg der Wahl wird es lehren. Man wird auch nach dem 6. Juni sagen können, wie schon früher so oft:

Hilfer nach jedem Sturm

Giehet der Zentrumssturm."

Es treibt heute überall. Die Demokraten werden reichlich in die Deutsche Volkspartei abgeladen müssen. Diese aber wird sich, wenn sie auch Zugang von rechts erhält, aus so verschiedenen Elementen zusammensehen, daß es ihr an innerer Geschlossenheit mangeln dürfte. Die Riesenreiche, die sie erträumt, wird sie wohl auch nicht erreichen. Den Deutschenationalen ist die erhoffte reiche Wählerstimme durch den Kapp-Putsch stark verhagelt. Der Fall von Gierke zeigt, daß die radikale Richtung gefragt hat. Das wird ihnen weiter schaden. Die Vereinigung der sozialdemokratischen Richtungen ist möglich, wie Scheidemann auf der Reichskonferenz bestellt hat. Die Mehrheit werden an die Unabhängigen verlieren. Diese aber sind längst nicht mehr äußerster Linker Bildel. Spartialisten, Kommunisten, Bolschewisten rücken hinter ihnen und als ihre Angrifer auf. In Hirschberg hat ein Kommunist gefragt, auch bei ihrem Sieg könne das Paradies auf Erden nicht kommen. Früher versprach man es aber bereits bei sicherer Durchführung des Programms. Früher verließ man sich nur auf Gewalt, jetzt will man sogar wählen. So sieht jede rücksichtlose Opposition, wenn sie praktisch arbeiten soll, wie unendlich schwerer gewißlich regieren als unverantwortlich schließen ist.

Dem Zentrum drohen drei Abspaltungen. Im Oberschlesien darf nicht gewählt werden, und die dort im Reichstage verbleibenden Abgeordneten werden an der Teilnahme an den Sitzungen von Gewalt gehindert. Das ist offenes Unrecht. Die Ablösung der bairischen Volkspartei wird sich wohl wieder zur Arbeitsgemeinschaft mit uns gesellen. Es war verlegte Eitelkeit bei Dr. Heim im Spiele, außerdem ein abschreckend gemästes Misstrauen über gar nicht geplante zu weit gehende Zentralisation im Reich. Die Bestrebungen im Rheinland sind nicht rein sozialistisch. Auch hier spielen einmal persönliche Momente statt.

Dann aber: Die Hauptträger der Bewegung sind in die ableitbare Bewegung vom Reiche verworfen. Der gesunde Sinn unserer Bürger wird alle diese und ähnliche Bestrebungen durchkreuzen. Es steht aber jetzt Reserven heranholen. Besonders auch aus der Ukraine und da wieder aus Sachsen, wo so vorbildlich für die ganze Sache gearbeitet wird.

Trotz es Wahlkampfes müßte unter allen Deutschen Einigkeit wünschen in 1. der auswärtigen Politik, 2. den Abstimmungsfragen, 3. der Hebung der wirtschaftlichen Nöte.

Die politischen Unterscheidungsmerkmale beginnen eigentlich so recht mit a) der Widerzung der Nationalversammlung und ihrer Tätigkeit, b) der Koalitionspolitik, c) dem Parteiengramm.

Reichspolitik gehört heute in die Wahlbewegung, denn ohne

Aenderung des unerträglichen Friedens

gibt es zugrunde, mag die Innenpolitik partizipatisch sich gestalten wie es will. Wir wissen nicht, was Spannungsbrüder wird. Aber wir müssen hinter der Regierung stehen, wenn sie genaue Angaben über unsere Schuld an die Entente verlangt, eine vernünftige Begrenzung unserer Pflichten fordert und Verletzungen des Friedensvertrages, wie sie wiederholts vorklamen, zurückweist. Unsere Vertreter im Ausland dürfen nicht von vornherein mit wenig Achtung und Vertrauen behandelt werden, das schadet uns selbst im Auslande am meisten. Kriegszettel ist leicht und lächerlich, aber nationale Würde brauchen wir. Sie wird uns helfen.

Frankreich verfolgt noch immer die Vogel der Robenreiche. Es möchte die größte Militärmacht Europas werden. England hat kein Interesse. Das geht stets gegen die jeweilige größte Landsmacht (Spanien und Russland) und gegen jede heranwachsende Rivalenmacht (Spanien, Frankreich, Niederlande, zuletzt leider Deutschland). Es besteht beständig Gegenseite zu Amerika und Japan unter der Oberfläche. England hat Sorgen in Afrika und wird sich unersetz-

wegen mit Frankreich nicht beschließen. Daher kein falscher Optimismus.

Ebenso wenig Italien, das uns sonst freundlich gegenübersteht, und auch den Anschluß von Deutschösterreich befürwortete. Dies wurde von Frankreich verhindert, um Deutschland schwach zu erhalten, entgegen dem strikt verdeckten Selbstbestimmungsrecht. Amerika interessiert sich nicht mehr für Europa; es wendet seine Rüste vom Atlantischen zum Stillen Ozean, wo die große Ausseminierung mit Japan trotz allen Völkerbundes wohl noch kommen wird. Ganz unklar sind die Zustände im Rußland. Ist der Bolschewismus schon wieder Ordnungspolizei? Siegt Aufland oder Polen? Das ist scheint es den letzten nicht gut zu gehen. Hoffentlich bleibt uns die Schicksalsfrage erspart, ob wir mit dem Osten gegen den Westen oder umgekehrt kämpfen sollen. Dann würde das arme Vaterland zum ersten Male Kriegsschauplatz und zwar nach dem Friedensschluß. Welch kühne Toone wäre das. Wenig vertragstreuen beweisen sich die Pole, deren eigenes Interesse doch dahin gehen möchte, ein Nationalstaat, nicht ein Nationalitätenstaat zu werden. Trotzdem strecken sie die gerechte Hand nach Oberschlesien, um es endgültig mit Gewalt an sich zu ziehen. Das würde freilich den Friedensverträge annullieren und eine furchtbare Gefahr für Europa bedeuten. Eine deutsche Freiheit müßte sich unumwundig bilden, weil die Deutschen in Oberschlesien nicht zu Polen wollen und die höhere Kultur auf allen Gebieten ohne Überhebung für sich in Anspruch nehmen können, die nicht ins fremde Volk gehen würde.

Oberschlesien ist jetzt die deutsche Schicksalsfrage.

Ohne seine Kohle verhungern und erfrieren wie die Industrie würde stillstehen, Arbeitslosigkeit und Unruhen wären die Folge. Die Landwirtschaft könnte in den Großbetrieben, die für die Erneuerung der Großstädte so wichtig sind, nicht dreschen und den Dampfzug nicht gehen lassen. Alles Verlebte würde lähmgelegt. Schon jetzt ist Kohle fast unerschwinglich teuer. Daher muß jeder abstimmungsberechtigte Oberschlesier heimattreue bleiben und seine Pflicht nicht nur selbst tun, sondern auch alle anderen Landsleute dazu beeinflussen. Die Wahlkampf muss eine Wallfahrt werden. Jede Mutter soll daran denken, was ihre Kinder leiden würden, wenn wir Oberschlesien verlieren.

Denken wir an teure Brüder dort oben, die nicht im Auslande liegen dürfen. Denken wir an unsere Brüder und Schwestern, die nicht ein traumiges Los treffen darf. Polen hebt Soldaten aus, es lebt im Kriege, hat viel traurige Finanzen als wir, wenig oder keine ordentlichen Verkehrsmittel, keine genügend vorgebauten Orte und durchbaren Warenmangel. Von 111 Städten in Polen haben nur vier Gas- und fünf Wasserleitung. Man vergleiche damit, was Oberschlesien für die Gesundheit der Bewohner, vornehmlich seiner Arbeitersiedlung in den Einrichtungen der Knapschaft geschaffen hat. Wo sind Augen- und Schulzahnliniken auf der anderen Seite? Bei der Einverleibung in Polen wäre Oberschlesien allen Schuhgeschäften preisgegeben.

Polen will das Land im eigenen Interesse, nicht wegen des Vorteils von Oberschlesien oder aus Liebe zu ihm. Die Franzosen wollten auf diese Weise ihre russische Anleihe von Polen zurückholen nach dem Staatsbankropt der Sowjetrepublik. Oberschlesien muß die ungeheuren Bevölkerungskosten (200 Mark auf den Mann und Tag) tragen, auch wenn es zu Polen fallen sollte. Jeder Gedanke an Steuerflucht ist schon deshalb abwegig. Schließlich aber sind die Sicherheit des Lebens, die Gesundheit und die höhere Kultur noch größere Güter als nur das Geld, zumal wenn es bloß Papier ist.

Ablehnen muß jeder Heimatverlust auch den neutralen Freistaat, das sogenannte Belgien des Ostens. Auch so ähnlich ginge es Oberschlesien verloren. Dagegen soll es im Rahmen des Deutschen Reiches die

wirtschaftende Selbständigkeit als Land

nach Artikel 18 der Verfassung erhalten.

Die Geographie verweist Oberschlesien auf Deutschland durch das Band der Oder, die Geschichte durch 800jährige Zugehörigkeit. Die Sprache ist kein Beweis gegen das Deutschtum. Fast alle Polnischsprechenden verstehen auch Deutsch. Im übrigen sind die Muttersprache, die landessmannschaftliche Eigenart, die Religion jetzt geschwächt und vom Zentrum hier im höchsten verteidigt worden. Man hat früher schwer an Oberschlesien geschriften. Die Polen aber klagen an den Deutschen in den abgerückten Gebieten ungern mehr. Weder Oberschlesien auf ewig und ungeteilt bei Deutschland bleiben! Es bildet sich dort jetzt eine Einheitsfront gegen die Polen, um eine ruhigeren Abstimmung zu gewährleisten.

Unsere wirtschaftliche Not

Ist die Sorge um Nahrung, Kleidung, Obdach. Das Brot wird immer teurer. Ein Anzug kostet über 1000 Mark. Die Wohnungsnot in den Großstädten ist geradezu Wohnungskrieg geworden. Also das umfaßt das Problem unserer schlechten Wohnung. Werfe sie gut, so könnten wir im Auslande laufen, was wir nicht produzieren. Allmählich wird es ja etwas besser. Andererseits besteht die Gefahr, daß bei weiterem Steigen des Mark, wie es jetzt sich zeigt, wegen der hohen Löhne Deutschland dem Auslande gegenüber nicht mehr konkurrenz- und deshalb auch nicht mehr exportfähig bleibt. Wie druden Papiergeld und dadurch allein sinkt sein Wert, weil es häufiger wird. Der Arbeiter kann weniger dafür kaufen, er verlangt also sofort neue Lohn erhöhung, es muß wieder Geld gedruckt werden und so geht es fort bis in den Abgrund. Hellen kann nur Hebung der Erzeugung und Senkung der Preise. Nicht der sogenannte starke Mann, nicht die Demokratie, sondern nur die innere Einheit und Umkehr aller kann Rettung bringen. Hier wird das volkswirtschaftliche Problem ein solches der Stütlichkeit und des Christentums. Die Verwilderung des Volles, besonders der Jugend, weiß freilich die nächste Zukunft noch keine Rücksicht auf. Der Diktator für Deutschland aber wird vielleicht kommen in Gestalt der eisernen

Not. Alle Parteien sollten zusammenkommen, um in diesen Lebensfragen der Nation einander mit Rat und Tat zu helfen. Erst wenn wir leben können, vermögen wir zu philosophieren über das, was uns kommt.

Die Nationalversammlung wird von der Geschichte ruhiger und zügiger bearbeitet werden, als von der erregten Masse. Sie sitzt unter der Anspannung von Ort und Zeit. Trotzdem hat sie mehr als 100 Gesetze geschaffen. Sie hat den Frieden gemacht, eine freiheitliche Verfassung gegeben und die finanzielle Grundlage des Reiches. Sie hat wichtige Einzelgesetze verabschiedet, zum Beispiel das über die Verlebtheit, die Errichtung von Zunftsheimen und natürlich die Wahlgesetze.

Der Eintritt des Zentrums in die

Koalition

war eine vaterländische Tat, ein Akt der Notwendigkeit und der Klugheit zugleich. Die Entente verlangte als Vorbedingung des Friedens eine starke Regierung mit Einschlag des Zentrums. Ohne dieses wäre entweder eine Koalition zwischen Demokraten und Sozialdemokraten oder eine rein sozialdemokratische Regierung entstanden. In beiden Fällen wären unsere Interessen, besonders die an der Schule, schlechter geschehen als bei Mitvertritt des Zentrums. Man kann einen Wagen nur bremsen oder gar lenken, wenn man selbst darauf sitzt, nicht wenn man irgendwo anders sitzt. Eine bürgerliche Koalition gegen die Sozialdemokratie war unmöglich. Der Wehrheit im Parlament hatte auch die Macht im Lande nicht entsprochen. Endlich konnte man einen so großen Vorsitz wie die Wehrheitssozialdemokratie doch nicht einschaffen von der Regierung und damit von der Bürgerantwortung ausschließen. Das wäre ungerecht und unlogisch gewesen. Die sofortige Vereinigung mit den Unabhängigen wäre gelungen und hätte diese nicht zähmern, sondern die Mehrheit radikaler gemacht. Hat die Zukunft das Zentrum die freie Hand, wie Scheidemann sie für die Sozialdemokratie auf der Reichskonferenz gefordert hat. Die von ihm angestrehte Mehrheit beider Mächtungen der Sozialdemokratie muß um jeden Preis verhindert werden. Das beste Gegengewicht ist ein möglichst starkes Zentrum.

Sie, meine Freunde in Sachsen

wissen ja, was der christlichen Schule von der Sozialdemokratie droht. Alle christlichen Männer und Frauen müssen zusammenkommen, um zunächst jede ihr schädliche Auslegung der Verfassung zu verhindern und dann diese selbst im neuen Reichsschulgesetz zu verbessern. Das Zentrum hat beim Schulkompromiß in der Nationalversammlung seine alten Grundsätze nicht etwa aufgegeben. Es hat sie nur nicht resolut durchdringen können, weil es dort noch nicht ein Viertel der Stimmen, geschweige denn die Mehrheit hatte. Sie schenken, wie nötig es ist, der Partei im neuen Reichstage großes Stärke zu verleihen. Die stärksten Kritiker des Zentrums, die Deutschenationalen, haben uns im Kampfe um die konfessionelle Schule im Süde gelassen unter Führung des sachsenkundigen Dr. Traub. Besonders die Frauen müssen sich um die konfessionelle Schule scheren. Sie ist die Wagnisburg, in der sie ihre Kinder hinter retten sollen in eine hoffentlich lassere Zukunft.

Das Zentrum braucht nicht nach rechts hinüber zu schwenken, weil es nicht nach links gegangen war. Nicht unsere Freiheit hatten sich geändert, sondern die Zeiten. Das Zentrum war in der Nationalversammlung dasselbe wie im alten Reichstage. Es wird darüber kein auch im neuen.

Es ist eine christliche, es ist eine demokratische, es ist eine wachhaft soziale Partei, endlich eine wachhaft nationale.

Wir sind nicht katholisch konfessionell. Das ist von Vorteil für die katholische Kirche, weil einzige Feinde des Zentrums ihr deshalb nicht angreifen werden können. Das ist von Vorteil für die Partei, weil niemand sie ultramontan nennen kann. Jeder Katholik bleibt als solcher den Kirchengesetzen unterworfen auch als Zentrumsmäßig. Aber wir haben in der Partei und Fraktion auch Raum für die Protestanten und begrüßen sie freudig. Was das Zentrum nach der Revolution für die evangelische Kirche bedeutet hat, wurde selbst von „Neuem Sachsischen Kirchenblatt“ anerkannt. Keiner unserer Grundsätze hindert Protestant an Beitritt. Wir treten für ihre Freiheit ebenso ein, wie für die unseren. Wir haben das bei den Beratungen über die Verfassung klar bewiesen.

Als christliche Partei sind wir gegen Ausnahmegesetze und gegen Gewalt. Wir waren gegen das Sozialisten- und Enteignungsgesetz, gegen den Kulturmampf, wir sind gegen Antisemitismus, aber für wahre bürgerliche Toleranz.

Als demokratische Partei verwerfen wir jede Klassenherrschaft von rechts oder links. Wir sind eine wahre, die große Volkspartei der Mitte. Nur der Wehrheitswillen des Volles, wenn und so weit er sinnliche Forderungen verteilt, nicht die Drohung bewaffneter Minoritäten darf maßgebend sein. Es kommt freilich darauf an, was das Volk will, noch mehr aber darauf, was es wirklich braucht.

Von diesem Standpunkte ergibt sich für uns die

grundlegende Ablehnung jeder Revolution.

Wir haben die vom November meist gewollt noch gemacht noch nachträglich gebilligt. Wer aber unerlaubten Verlebtheit verurteilt, muß sich doch des armen Kindes annehmen, das daraus entstand. So war Deutschland in hilfloser Lage nach der Umwandlung. Wir haben ihm zu helfen gehucht. Und mit der Koalition. Dabei sind wir weder blind für das wenige Gute, was die Revolution brachte (Selbstbestimmung des Volles, Freiheit, grösster Impuls), bisherige Schaffung des Kirchenvermögens im Gegensatz der Staatswillkür von 1803 und 1810), noch verleumten wir ihre furchtbaren Nachteile (weitere Förderung aller Ordnung Verabschaffung der deutschen Arbeitsteilung,

